

Mittwoch, 25. Mai 2011

Die Abschlusserklärung “Ehre sei Gott und Frieden auf Erden”

Die Konferenz hat ein Ergebnis vorzuweisen: Die Botschaft “[Ehre sei Gott und Frieden auf Erden](#)”, die mit großem Beifall in der 2. Lesung angenommen wurde. Sie bedeutet den Abschluss einer ganzen Dekade, den Schlussakkord zu zehn Jahren weltweitem Einsatz von Kirchen für eine friedvollere Welt. Fernando Enns sagte, dass die Kirchen in zehn Jahren gelernt hätten, die inneren Zusammenhänge von Armut, Ausbeutung, Rassismus und Militarismus besser zu verstehen. Der Delegierte aus Deutschland hatte 1998 bei der 8. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in der simbabwischen Hauptstadt Harare als Jugenddelegierter den Vorschlag zu einer "Dekade zur Überwindung von Gewalt" eingebracht und zur Verblüffung vieler auch durchgebracht.

Die Botschaft “Ehre sei Gott und Frieden auf Erden” stellt diese Bezüge her. Sie zeigt auch, dass die Kirchen auf dem Weg sind und diesen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten gehen, dass das aber dem ökumenischen Miteinander nicht abträglich ist: “Einige (Kirchen) heben die Notwendigkeit hervor, sich zuerst auf die gegenseitige Unterstützung und Fortschritte innerhalb des Leibes Christi zu konzentrieren. Andere ermutigen die Zusammenarbeit mit breiteren sozialen Bewegungen und das öffentliche Zeugnis der Kirchen. Jede Herangehensweise hat ihre Berechtigung, sie schließen sich nicht gegenseitig aus. Tatsächlich gehören sie untrennbar zusammen.”

In Konferenztexten geht leicht unter, was besonders umkämpft war oder in der Situation bedeutsam ist. Einige Punkte stechen aus der Botschaft hervor:

- die Aufforderung an die Kirchen, für Themen, die die Sexualität betreffen, “geschützte (Gesprächs-) Räume bereit zu stellen” – das ist etwas anderes, als von der Kanzel richtig und falsch zu verkünden,
- das starke Plädoyer für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung – in den meisten Ländern der Welt heutzutage nicht denkbar und durchaus kein Herzensanliegen für alle Kirchen,
- die immer wiederkehrende Betonung des Willens zur Zusammenarbeit mit anderen Religionen und des Zusammenwirkens mit der Zivilgesellschaft – das setzt Hören und Hintanstellen eigener Ansprüche voraus,
- die Absage an Atomkraft zur Energiegewinnung – es ist also durchaus kein deutscher Sonderweg, sondern ein breiterer internationaler Konsens in diese Frage vorhanden,
- die dringende Aufforderung an die Regierungen, unmittelbar Rüstungsausgaben zugunsten von sozialen und ökologischen Programmen zu kürzen – das gälte dann auch als Auftrag für die Delegierten aus den USA und Russland (und selbstverständlich auch für die Deutschen),
- die Bestätigung des Konzepts eines gerechten Friedens anstelle der Theorien zu einem “gerechten Krieg” – die sorgfältige theologische Arbeit, die in Deutschland dazu geleistet worden ist, hat hier hilfreich gewirkt,
- das Zugestehen, dass die ökumenische Familie sich mit der “obligation to protect” schwer tut; sie sieht sie einerseits als Aufforderung zu viel intensiverer Gewaltprävention und der Anbahnung eines Auftrags für internationale Polizeieinsätze unter dem Schirm der UN, kann aber die Versuchung des Missbrauchs eines solchen Mandats für andere Zwecke nicht ausschließen. Die Versammlung bittet infolgedessen den ÖRK angesichts der weltpolitischen Lage, “dringend, seine Position dazu zu klären”.

Jürgen Reichel

Eingestellt von Michael Billanitsch um 01:35 

<http://jamaika2011.blogspot.com/2011/05/zum-schluss-botschaft-fur-gerechten.html>

Mittwoch, 25. Mai 2011

Zum Schluss: Botschaft für Gerechten Frieden erreicht

Mit einer beeindruckenden Feier und heftigen Diskussionen ging die Friedenskonvokation zu Ende. Wie am Vortag hebelten die Teilnehmenden die Regie der Verantwortlichen aus, als es darum ging, die Botschaft, die von der Konvokation in die Gemeinden und Kirchen mitgenommen werden sollte, zu beschließen.

Das Komitee, das den Entwurf der Botschaft erarbeitet hatte, hatte ausgezeichnete Arbeit gemacht. Das Bemühen, die vielen Anregungen aus Workshops, Bibelarbeiten und Diskussionsrunden aufzunehmen, war deutlich zu erkennen. Als nach dem Verlesen des Entwurfs in Kleingruppen vorgegebene Fragen diskutiert werden sollten, setzten sich die Teilnehmenden über die Anweisungen hinweg und debattierten ihre eigene Fragen. Die Rückmeldung aus den Kleingruppen fand dann nicht statt. Über 100 Teilnehmende drängten sich an den beiden Saalmikrofonen und ein sichtlich überforderter Moderator bemühte sich redlich, die Lage einigermaßen unter Kontrolle zu behalten.

Die Rückmeldungen machten in der Botschaft mühsam vereinbarte Differenzen deutlich, etwa, als ein norwegischer Delegierter sich mit Verweis auf die deutsche Besetzung Norwegens vehement gegen die Formulierung wehrte, dass die Versammelten sich einige seien, dass Krieg kein Problem löse. Unvermittelt standen so am Ende der Konvokation konträre Positionen im Raum. Deutlich wurde auch, dass Delegierte sehr unterschiedliche Vorstellungen davon hatten, was die Botschaft bewirken sollte. Viele Delegierte aus dem globalen Süden waren mit den Formulierungen des Entwurfs sehr einverstanden, weil, so mein Sitznachbar aus Nigeria, sie es ihnen ermöglicht, in ihren Gemeinden und Kirchen zu beraten, was die Forderungen der Botschaft in ihrem eigenen Kontext bedeutet. So habe die Verpflichtung auf eine „economy of life“ für die Menschen in Nigeria andere Konsequenzen als für Menschen in Deutschland. Viele Delegierte aus dem globalen Norden wollten die Botschaft viel präskriptiver haben. Es müsse in der Botschaft gesagt werden, dass eine „economy of life“ den Verzicht auch Nuklearkraftwerke und Modelle wie car-sharing enthalten müsse.

Trotz dieses unbefriedigenden Verfahrens waren die Delegierten am Ende des Tages begeistert, dass eine Botschaft entstanden war, die sich gut mitnehmen lässt. „Hiermit kann ich in meiner Gemeinde arbeiten. Es gibt viele Ansatzpunkte, an denen wir in unserem Kontext weiterarbeiten können“, freute sich eine deutsche Delegierte.

So fliegen wir nun alle nach Hause. Nicht nur mit einem in vieler Hinsicht beeindruckenden Erlebnis im Gepäck, vielen interessanten Diskussionen – vor allem am Abend in der lauen Nachtluft – sondern auch mit einer Botschaft, die Fingerzeige für weitere Schritte hin zu einem Gerechten Frieden gibt.

Wolfgang Heinrich

Eingestellt von Michael Billanitsch um 17:08

http://www.justitia-et-pax.de/de/shop/img2008/GKKE_54-Info.pdf

Auszüge aus den Statements von Prälat Dr. Karl Jüsten, Katholischer Vorsitzender der GKKE, und Prälat Dr. Bernhard Felmberg, Evangelischer Vorsitzender der GKKE, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Rüstungsexportberichts2010 am 13. Dezember 2010 vor der Bundespressekonferenz in Berlin.

Die von uns regelmäßig beklagten Transparenzdefizite hat die Bundesregierung nicht nur nicht ausgeräumt, sondern sie scheinen sich auszuwachsen, zumindestwas die Zeitabstände zum Geschehen betrifft. Weder die Bundesregierung noch das Generalsekretariat des Europäischen Rates hat bis zum 13. Dezember 2010 die Zahlen und Werte für 2009 zur Verfügung gestellt. Und noch immer erfahren wir nichts über tatsächliche Exporte von Rüstungsgütern. Damit haben wir heute, im Dezember 2010, einen vorläufigen Höhepunkt an fehlender Information, Transparenz und mangelnder Beteiligung erreicht, den sich die Bundesregierung in diesem sensiblen Politikfeld leistet. Vordringlich zur Korrektur der Fehlentwicklungen scheint uns, Voraussetzungen für parlamentarische Kontrolle zu schaffen, denn die Missachtung des Parlaments diskreditiert die Funktion der Legislative, das Regierungshandeln zu kontrollieren.

Nach der US-amerikanischen Studie „Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 2002-2009“ erwarten wir für das Berichtsjahr 2009 ein insgesamt anhaltend hohes Niveau an Rüstungsexportgenehmigungen und für das nächste bzw. die nächsten Jahre eine weitere Steigerung aufgrund der hohen Zahl abgeschlossener Neuverträge.

Aus einer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage wissen wir, dass Hermes-Kredite im Jahr 2009 in Höhe von rund 1,92 Mrd. € gewährt wurden. Ein rasanter Anstieg gegenüber 21 Mio. € in 2008! Dieser enorme Anstieg an staatlichen Ausfallbürgschaften für deutsche Rüstungstransfers erstaunt gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise. Einmal mehr wiederholt die GKKE den Appell an die Bundesregierung, Rüstungsausfuhren nicht durch staatliche Ausfallbürgschaften abzusichern. Denn damit wird das Geschäftsrisiko von rüstungsexportierenden Firmen zu Lasten des Steuerzahlers reduziert: Dies kommt einer indirekten Subvention von Rüstungsausfuhren gleich!

Aus dem VN-Waffenregister kennen wir die Zahlen der in 2009 von der Bundesregierung genehmigten Ausfuhranträge für kleine und leichte Waffen: sie bewegen sich in etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Wir kennen die destabilisierende und entwicklungshemmende Wirkung dieser Waffen. Unsere Projektpartner in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, etwa aus der DR Kongo oder dem Sudan fordern uns auf: helft uns, die Kleinwaffenplage einzudämmen! Die GKKE erwartet von der Bundesregierung, bei der Genehmigung von Exporten dieser Kategorien die Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU zur Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern vom 8. Dezember 2008 in besonderem Maße zu beachten, um den verhängnisvollen Folgen der Verbreitung bewaffneter Gewalt entgegenzutreten.

Erfreulich sind die Fortschritte, die im letzten Jahr auf der Ebene der Vereinten Nationen bei der Ausarbeitung eines weltweiten Vertrags zur Kontrolle des Waffenhandels (Arms Trade Treaty, ATT) gemacht wurden. Das für 2012 angestrebte Vertragswerk soll die rechtlichen und sozio-ökonomischen Auswirkungen von Rüstungstransfers ebenso berücksichtigen wie die Folgen für regionale Sicherheit und Stabilität. Die GKKE begrüßt das bisherige Engagement der Bundesregierung für einen möglichst starken und umfassenden ATT und erwartet, dass sie auch in Zukunft ihr ganzes diplomatisches Geschick und ihr politisches Gewicht dafür in die Waagschale wirft.

http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/REB_2010_fuer_Presse.pdf

aus dem **Rüstungsexportbericht 2010**
der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung

Offizielle Stellungnahmen zu SIPRI-Daten über deutsche Rüstungsexporte

Staatssekretär Dr. Pfaffenbach

*(Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)*⁹

„Die neuen Daten von SIPRI, wonach Deutschland drittgrößter Waffenexporteur sei, treffen nicht zu. Das Institut verwendet eigenständige analytische Methoden, die erheblich von denen anderer anerkannter Institute abweichen. Nach der Studie des ‚International Institute for Strategic Studies‘ (IISS), Großbritannien, liegt Deutschland bei den Genehmigungen in 2007 mit deutlichem Abstand hinter USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China auf dem 6. Platz. Die von SIPRI behauptete Verdoppelung des deutschen Exports von Rüstungsgütern in den letzten fünf Jahren ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. In den Jahren 2005 bis 2008 wurden insgesamt Einzelausfuhrgenehmigungen in Höhe von 17,7 Mrd. Euro erteilt, zwischen 2001 und 2004 waren es Genehmigungen für 15,5 Mrd. Euro. Die Zahlen für das Jahr 2009 sind noch nicht bekannt. Im Übrigen erfolgt ein erheblicher Teil der Ausfuhren von Rüstungsgütern innerhalb der EU und der NATO, was auch von SIPRI bestätigt wird. Die laufenden Rüstungsexportberichte seit 2000 zeigen, dass der Umfang der Genehmigungen zum Teil stark fluktuiert.
...“

Die wichtigsten Liefer- und Abnehmerstaaten (2005 – 2009)

Lieferstaaten	Anteil am Weltrüstungshandel	Wichtigste Abnehmer
USA	30%	Südkorea (14%), Israel (11%), VAE (11%)
Russland	23%	China (35%), Indien (24%), Algerien (11%)
Deutschland	11%	Türkei (14%), Griechenland (13%), Südafrika (12%)
Frankreich	8%	VAE (25%), Singapur (21%), Griechenland (12%)
Großbritannien	4%	USA (23%), Indien (15%), Saudi-Arabien (10%)

(Quelle: SIPRI Fact Sheet 2010)

(2.04) Die größten Importeure zwischen 2005 und 2009, gemessen an ihrem Anteil am Weltrüstungshandel, waren China (9,4%), Indien (7,2%), Südkorea (6,1%), Vereinigte Arabische Emirate (5,6%), Griechenland (4,9%), Israel (3,4%), Singapur (3,3%), USA (3%), Algerien (2,9%) und Pakistan (2,9%).
